

Landrat Dr. Achim Brötel
Präsident des Deutschen Landkreistags

Dank und Ausblick
(76. Jahrestagung des Deutschen Landkreistags
am 10. September 2024 in Kloster Seeon)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestern Mittag um 13.30 Uhr hat Reinhard Sager unsere Jahrestagung hier in diesem wunderbaren Kloster in Seeon eröffnet. Ich darf sie hingegen jetzt beschließen.

Vieles hat sich in den letzten Stunden ereignet. Zunächst: Der Deutsche Landkreistag hat ein neues Ehrenmitglied. Franz Beckenbauer hat nach seiner eigenen Ernennung zum DFB-Ehrenmitglied zwar gesagt. „Früher musste ich mir Auszeichnungen und Pokale erkämpfen. Ab einem bestimmten Alter brauchst du nichts mehr dafür tun“. So weit ist es bei Dir, lieber Reinhard, allerdings noch lange nicht. Im Gegenteil. Du hast sogar extrem viel für den Deutschen Landkreistag getan und ihm 10 Jahre lang wie kein zweiter vor Dir Gesicht und Stimme verliehen. Das hat unserer medialen Präsenz, insbesondere aber der Durchsetzungskraft unserer natürlich schon von Haus aus immer überzeugenden Argumente spürbar gutgetan. Deshalb hast Du diese Auszeichnung auch völlig zu Recht erhalten. Trage sie mit Stolz. Wir sind umgekehrt nämlich auch stolz, Dich ein ganzes Jahrzehnt als unseren Präsidenten gehabt zu haben. Herzlichen Glückwunsch auch noch einmal von meiner Seite und vielen Dank für alles, was Du für den DLT getan hast.

Wenn einer geht, kommt meist ein anderer. Das ist einer der ganz wenigen Fälle, in denen die „one in, one out“-Regel in der Praxis tatsächlich funktioniert. Vielen Dank deshalb auch noch einmal im eigenen Namen für den großen Vertrauensvorschuss,

den ich bei der Wahl vorhin erhalten habe. So etwas tut gut und es gibt vor allem auch Rückenwind für das, was kommt. Ich werde deshalb alles daransetzen, diesen Vertrauensvorschuss in den kommenden zwei Jahren mit Zins und Zinseszins zurückzahlen. Und: Natürlich bedanke ich mich zugleich auch für die großartige Geburtstagsfeier gestern. Mit so vielen netten Gästen und so niedrigen eigenen Kosten hat man das nicht jedes Jahr. Im Odenwald, wo ich herkomme, sagt man bei solchen Anlässen in der Regel: „Man glaubt gar nicht, wie viel Hunger und Durst man haben kann, wenn es nichts kostet“. In diesem Sinne: Es war mir eine Freude.

Unsere Jahrestagung stand unter dem Motto „Herausforderungen für die Landkreise in der Zeitenwende“. Dass wir ganz bewusst von Herausforderungen und nicht von Krisen gesprochen haben, kommt meinem eigenen Denken und Empfinden sehr entgegen. Krisen sind nämlich Situationen, die niemand will und die vor allem oft auch den Nimbus haben, dass wir sie nur schwer oder gar nicht kontrollieren können. Da schwingt also immer so etwas Schicksalhafteres mit. Deshalb versuche ich auch immer, dieses Wort möglichst zu vermeiden und lieber von Herausforderungen zu sprechen.

Ja, wir leben in der Tat in besonders herausfordernden Zeiten. Gerade deshalb muss es aber doch unser oberstes Ziel sein, diese Herausforderungen anzunehmen und vor allem auch Lösungen zu finden, damit es am Ende nicht doch noch - zu womöglich sogar dauerhaften - Krisen kommt. Für mich heißt das: Wir müssen uns erstens aktiv einmischen, wenn bestimmte Dinge falsch laufen, zweitens konstruktiv daran mitwirken, dass es stattdessen in die richtige Richtung geht und drittens kraftvoll für die notwendigen Veränderungen sorgen, wo wir selbst Gestaltungsspielräume haben.

Im Grunde lehrt uns das doch schon die Bibel. „Ihr seid das Salz der Erde und das Licht der Welt“, heißt es im Matthäus-Evangelium (Kapitel 5, Vers 13 bis 16). Dort steht nicht: „Ihr seid die Reiter der Prinzipien, die Träger der Bedenken und die Gralshüter der Lethargie. Bleibt ruhig auf dem Wohnzimmersofa sitzen. Die Probleme der Welt werden sich schon irgendwie von selbst lösen“. Nein, es heißt ganz ausdrücklich: „Ihr seid das Salz der Erde und das Licht der Welt“. Das ist deshalb nicht zuletzt auch eine Aufforderung an uns alle, die Gestaltung unserer eigenen kleinen Welt dann eben selbst in die Hand zu nehmen. Und: genau das tun die Landkreise, aber auch die Städte und Gemeinden seit jeher mit großem Erfolg.

Wenn in diesen besonders herausfordernden Zeiten - ich will hier als Stichworte nur den anhaltend zu hohen Zustrom geflüchteter Menschen, die Pandemie oder den russischen Überfall auf die Ukraine mit all seinen Folgen nennen -, irgendetwas wirklich immer verlässlich funktioniert hat, dann ist es doch zweifelsohne die kommunale Bank. Die Gemeinden, die Städte und vor allem die Landkreise, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben in den letzten Jahren nämlich vielfach und nicht zuletzt eindrucksvoll bewiesen, dass wir in der Lage sind, Herausforderungen anzunehmen und sie vor allem auch zu schultern. Wir stehen deshalb wie keine zweite staatliche Ebene für lösungsorientiertes, zupackendes Handeln und damit zugleich auch für Verlässlichkeit vor Ort. Pragmatisch, effizient und erfolgreich. Daran *dürfen* wir die Politik nicht nur erinnern, sondern wir *müssen* es vor allem auch immer und immer wieder tun, bis es auch dem letzten klar wird, dass ohne finanziell ordentlich ausgestattete Landkreise schlicht und ergreifend kein Staat zu machen ist. Nicht gestern, nicht heute und schon gar nicht morgen.

Es kann doch nicht sein, dass der Esel, der jeden Tag den Karren ziehen muss, zwar ständig neue Pakete aufgeladen bekommt, zum „Dank“ dafür dann aber nichts mehr zu fressen kriegt. Reinhard Sager hat es gestern als unwürdig bezeichnet, dass wir uns vor dem Bundesverfassungsgericht eine kommunale Mindestfinanzausstattung sogar erst erstreiten müssen. Das ist mir bei allem Respekt fast noch zu moderat. Im Grunde ist es nämlich ein Skandal, was hier passiert. Dass man mit einem Anteil von 14 % an den kommunalen Steuereinnahmen nicht dauerhaft 25 % der Ausgaben tragen kann, sollte selbst denjenigen einleuchten, die in Mathematik vielleicht öfter krank waren.

Die Politik vermag vieles. Die Grundrechenarten kann sie aber definitiv nicht außer Kraft setzen. Deshalb brauchen wir natürlich eine signifikante Stärkung der kommunalen Steuerbasis. Und: Das kann nach Lage der Dinge nur durch eine dauerhafte, spürbare und insbesondere auch strukturelle Erhöhung des Umsatzsteueranteils erfolgen, die unmittelbar den Landkreisen zugutekommt. Ich weiß, dass das politisch ein sehr, sehr dickes Brett ist. Aber: wir werden - das soll auch meine klare Botschaft heute sein - an dieser Frage weiterhin dranbleiben, bis sie befriedigend zu unseren Gunsten gelöst ist.

Die Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird immer vor Ort gemacht. Das gilt insbesondere auch für die Daseinsvorsorge, die letztlich nichts anderes ist als das Fundament unseres gesamten Wirtschaftsstandorts und unserer Lebensqualität. Und: Sie ist nicht zuletzt ein ganz entscheidender Stabilitätsfaktor für die Demokratie. Wer das nicht beachtet oder womöglich sogar offen missachtet, spielt deshalb mit dem Feuer. Das muss für uns alle doch auch eine der ganz zentralen Lehren aus den Wahlergebnissen in Sachsen und in Thüringen sein. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist nämlich gerade kein leerer Programmsatz, sondern vielmehr ein eindeutiger politischer Handlungsauftrag.

Das gilt ganz dezidiert auch für die gerade anstehende Krankenhausstrukturreform. Die Pandemie hat doch eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig eine flächendeckende und wohnortnahe Krankenhausstruktur ist. Viele unserer europäischen Nachbarn sind da jedenfalls sehr viel schlechter dran gewesen. Gestern noch dankbar Beifall klatschen, dieselben Krankenhäuser heute dann aber kurzerhand für verzichtbar erklären - das passt einfach nicht zusammen. Man kann deshalb nur warnen: Krankenhausschließungen gefährden unsere Gesundheit.

Genau darauf steuern wir inzwischen aber zu. Und: Viele Krankheitsbilder, genauso aber etwa auch die Geburtshilfe haben einfach zeitkritische Faktoren. Wenn da der Weg in das nächste Krankenhaus zu weit ist, haben wir wirklich Menschen 1. und Menschen 2. Klasse.

Und: Es kann auch nicht sein, dass wir, sofern wir selbst kommunale Krankenhausträger sind, weiterhin als unzuständige Ausfallbürgen für eine verfehlte Gesundheitspolitik des Bundes herangezogen werden. Das wird im Übrigen angesichts der strukturellen Schieflage unserer kommunalen Haushalte künftig aber auch gar nicht mehr möglich sein.

Deshalb appelliere ich einmal mehr an den Bund und insbesondere an den Herrn Bundesgesundheitsminister: Ja, wir brauchen dringend eine Reform der Betriebskostenfinanzierung. Aber: Wir brauchen keine Revolution, die uns nachher einen ungeordneten Scherbenhaufen hinterlässt, sondern wir brauchen eine sinnvolle Evolution.

Und: Wir brauchen vor allem keinen Blindflug ohne jegliche vorherige Auswirkungsanalyse oder, wie es der Marburger Bund unlängst genannt hat, einen „Großversuch mit unabsehbaren Folgen“, sondern wir brauchen eine Reform, die die Betriebskosten auskömmlich regelt und zugleich die verfassungsrechtlich geschützte Planungshoheit der Länder wahrt. Dafür muss man aber doch zumindest auch einmal miteinander reden. Oder anders gewendet: Im Fokus der Politik müssen die Menschen und ihre ganz konkreten Bedürfnisse stehen und nicht der missionarische Eifer eines einzelnen Ministers.

Das Gefühl, mehr und mehr abgehängt zu werden, war im Übrigen schon immer auch ein gefährlicher Nährboden für radikale Parteien, die sich dann als „Rächer der Enterbten und Verfolgten“ aufspielen, obwohl sie außer tumben Stammtischparolen nichts, aber wirklich gar nichts Konkretes zur Lösung der Probleme beizutragen haben. Deshalb müssen wir unbedingt alles daransetzen, die Verlustängste vieler Menschen nicht noch weiter zu bedienen, sondern ihnen gerade umgekehrt durch eine kluge und ausgewogene Strukturpolitik vor Ort entgegenzuwirken.

Unser Land ist und bleibt nun einmal dezentral geprägt. 57 Millionen Menschen – das sind 2/3 unserer gesamten Bevölkerung - leben in der Fläche. Genau um diese Menschen geht es, wenn wir von gleichwertigen Lebensverhältnissen sprechen – beim Glasfaserausbau, bei der Wohlstandssicherung, im ÖPNV, bei der sozialen und kulturellen Teilhabe, aber etwa auch dann, wenn die eigenen Kräfte mit fortschreitendem Lebensalter einfach nachlassen. Eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre wird es deshalb sein, gerade auch die Pflege zukunftsfest auszugestalten. Schon heute haben wir punktuell nämlich einen Pflegenotstand, der schnell zum Flächenbrand werden kann, wenn nicht gegengesteuert wird. Vor allem aber steigen die Kosten unvermindert an. Bei immer mehr Menschen reicht die Rente und das ersparte Vermögen deshalb schon jetzt nicht mehr aus, um diese Kosten noch zu decken. Deshalb nimmt die Sozialhilfequote ständig zu. Auch das ist eine tickende Zeitbombe für unsere Kreishaushalte.

Leider drängt sich aber der Eindruck mehr und mehr auf, dass wir mit unseren berechtigten Anliegen und guten Argumenten in der großen Politik inzwischen nicht mehr gehört und schon gar nicht mehr verstanden werden. Kommunaler Sachverstand ist of-

fenbar nicht mehr gefragt. Das ist ein fataler Fehler. Diejenigen, die dafür sorgen müssen, dass politische Entscheidungen in das ganz praktische Tagesgeschäft übersetzt werden, wissen nämlich auch am besten, wie man die Dinge sinnvoll gestalten kann, wo der Schuh drückt und wo es am Ende vielleicht klemmt. Der Grundsatz „Bitte verschont mich mit Fakten, ich habe schon eine Meinung“ ist jedenfalls definitiv kein zukunftsfähiges Politikmodell.

Stattdessen erleben wir aber momentan genau das. Entweder man spricht gar nicht mehr mit uns wie etwa bei der Krankenhausstrukturreform. Oder man wischt die guten Argumente der kommunalen Seite einfach mit einem Federstrich weg, weil sie einem politisch nicht in den Kram passen wie etwa bei der Kostenerstattung für geflüchtete Menschen. Oder man diskutiert und streitet selbst monatelang über ein bestimmtes Thema und gibt uns dann genau sieben Tage Zeit, um zu einem dicken Gesetzentwurf Stellung zu nehmen wie etwa bei der Kindergrundsicherung. Solche Anhörungen sind in meinen Augen eine reine Farce. Immerhin haben wir - und das spricht dann doch wirklich einmal mehr für uns - mit unseren guten Argumenten aber trotzdem einen ganz entscheidenden Beitrag dazu geleistet, um dieses kropfunnötige bürokratische Monstrum ohne jeden Mehrwert für die Betroffenen doch noch zu verhindern.

Mir kommt die Politik inzwischen immer mehr wie ein Schichtmodell vor. Ganz oben thront die Bundespolitik, ziemlich weit weg von dem, was die Menschen vor Ort bewegt. In der Mitte agieren die Länder, die zu Recht unsere direkten finanzverfassungsrechtlichen Anspruchsgegner sind, weil sie die entsprechenden Regelungen über ihre Mitwirkungsrechte im Bundesrat mit herbeigeführt haben. Ja, und ganz unten, da sind dann wir. Sozusagen das letzte Glied in der Nahrungskette, das alles ausführen und am Ende womöglich auch noch bezahlen soll.

So kann man aber keine nachhaltigen Lösungen für die drängenden Probleme und Herausforderungen unserer Zeit erzielen. Das gilt erst recht, wenn alle staatlichen Ebenen in finanzieller Hinsicht klamm sind. Es mag schon sein, dass wir da alle im selben Boot sitzen. „We are all sitting in one boat“, wie es ein früherer Ministerpräsident aus Baden-Württemberg einmal in mehr oder minder geschliffenem Oxford-Englisch zu formulieren versucht hat.

Formal kann man das vielleicht sogar so sehen. Nur: Ob man oben auf der Kommandobrücke steht und ständig neue Ziele ansteuert, die Geschwindigkeit dafür nach Gutdünken vorgibt und nebenbei auch noch quasi täglich weitere Annehmlichkeiten für die Passagiere erfindet oder ob man stattdessen unten im Maschinenraum sitzt und all das unter hohem Druck erfüllen und am Ende womöglich auch noch bezahlen muss, ist halt schon ein grundlegender Unterschied. Auf diesen Unterschied müssen wir deshalb noch sehr viel deutlicher hinweisen. Immer und immer wieder. Die einzelnen Ebenen müssen mehr miteinander reden. Vor allem aber müssen sie *mit uns* reden, weil wir es gerade in den letzten Jahren doch wirklich hinlänglich unter Beweis gestellt haben, dass wir wissen, wie es geht.

Es sind dabei vor allem zwei Dinge, die uns momentan besonders zusetzen. Das eine ist die schiere Aufgabenfülle und Aufgabenvielfalt. Eine ganze Reihe von großen Herausforderungen stehen im Grunde genommen gleichzeitig an und fordern uns deshalb auch parallel auf vielen Ebenen, ohne dass sie aber verlässlich und dauerhaft finanziert wären: Der immer noch viel zu hohe Zustrom geflüchteter Menschen, die unterzubringen, zu versorgen, vor allem aber auch zu integrieren sind, wenn wir gefährliche Parallelgesellschaften wie etwa in Frankreich vermeiden wollen, dazu der unsägliche Ukraine-Krieg mit all seinen Auswirkungen, der Klimawandel, die Zukunft des Sozialstaats, der Fach- oder richtiger der Arbeitskräftemangel, die Sorge um die Sicherung der Gesundheitsversorgung, die Energie- und Mobilitätswende, der flächendeckende Glasfaserausbau, die Spätfolgen der Pandemie, gleiche Bildungschancen für alle, die Digitalisierung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Stärkung unserer Resilienz, Inklusion und soziale Teilhabe, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, der demographische Wandel, die Revitalisierung der Ortskerne, kulturelle Angebote für alle und und und

Alles das erhebt noch nicht einmal ansatzweise den Anspruch auf Vollständigkeit. Und: Teilweise verbergen sich dahinter auch noch fundamentale Transformationsprozesse. Das führt dann aber geradezu zwangsläufig eben auch zu zunehmendem Stress im gesamten System.

Was uns zum zweiten aber mindestens genauso umtreibt, ist die nahezu grenzenlose Detail- und manchmal auch Selbstverliebtheit der Parlamente und Verordnungsgeber,

die in typisch deutscher Gründlichkeit meinen, am besten alles bis zur mindestens vierten Nachkommastelle regeln zu müssen. Das führt inzwischen zu Gesetzen und Verwaltungsvorschriften, die an filigraner Ausdifferenzierung kaum mehr zu überbieten sind. Die Ergebnisse bekommen wir fast jeden Tag frei Haus geliefert, ob wir sie bestellt haben oder nicht. Da gibt es komischerweise keine Lieferkettenproblematik. Schöne und wohlklingende Namen für ein Gesetz sind sicher nicht schlecht. Ein guter und wohldurchdachter *Inhalt* wäre aber zweifelsohne noch sehr viel besser.

Ich habe dafür heute nur ein einziges klitzekleines Beispiel mitgebracht. Und: Ich habe, um allen Mutmaßungen aus dem Weg zu gehen, natürlich eines aus meinem eigenen Bundesland gewählt. Das ist die Photovoltaik-Pflicht-Verordnung, kurz PVPf-VO, des Umweltministeriums Baden-Württemberg, die die Solarpflicht auf Dachflächen regelt.

Ich „liebe“ dieses Gesetz vor allem deshalb, weil es dem staunenden Leser in seinem § 4 Abs. 4 Nr. 1 mitteilt, dass - Achtung! - dass die Dachflächen unterirdischer Bauten für eine Solarnutzung nicht geeignet seien. Also ganz ehrlich: Von allein wäre man ja nicht draufgekommen. Bevor deshalb die ersten Menschen ihre Photovoltaikmodule im Garten vergraben und sich anschließend wundern, warum der Ertrag so gering ist, ist dieser fürsorgliche Hinweis deshalb schon ausgesprochen hilfreich. Um eine solche Frage überhaupt für regelungsbedürftig zu halten, muss man im Zweifel allerdings mindestens fünf Jahre lang Ministerialzulage bezogen haben und dem realen Leben auch sonst ziemlich weit entrückt sein. Aber man sieht einmal mehr: Uns wird seitens des Normgebers einfach immer geholfen. Oberirdisch, unterirdisch und außerirdisch.

Und: Das ist jetzt nur ein klitzekleines Beispiel, das in der Umsetzung sicher *keinen* Aufwand verursacht. Sie dürfen diese wundersame Verordnung in einer stillen Stunde aber gerne auch einmal weiterlesen. Da zieht es einem wirklich die Fußnägel hoch, was dort alles geregelt ist. Wohlgermerkt: Es geht nicht um ein neues Atomkraftwerk, sondern um popelige Photovoltaik-Anlagen auf dem Dach. Hätten wir in diesem Land denn nicht eigentlich sehr viel Wichtigeres zu tun?

Noch sehr viel krasser ist es aber dort, wo diese Detailverliebtheit dann auch noch subjektive Leistungsansprüche normiert. So etwas weckt nämlich umgekehrt auch

Erwartungen. Diejenigen, die diese Erwartungen erfüllen sollen, können umgekehrt aber schon lange nicht mehr aus dem Vollen schöpfen – nicht finanziell und genauso wenig personell. Und: wenn man ehrlich ist, zeichnet sich da auch kurz- und mittelfristig keine grundlegende Verbesserung ab. Wir werden deshalb gar nicht umhinkommen, uns über sinnfreie bürokratische Vorgaben, über Standards und auch über eine begleitende substanzielle Aufgabenkritik zu unterhalten. Das Spannungsverhältnis zwischen ständig steigenden Ausgaben auf der einen und immer knapper werdenden Ressourcen auf der anderen Seite kann nämlich nur durch eines aufgelöst werden: durch schonungslose Ehrlichkeit.

Ja, wir müssen uns in diesen Fällen ehrlich machen, auch wenn es weh tut. Jeder Euro lässt sich nur einmal ausgeben und jede Fachkraft nur einmal einsetzen. Deshalb brauchen wir dringend den Mut zur Priorisierung. Wir müssen offen sagen, was noch geleistet werden kann, was aber umgekehrt eben auch nicht mehr zu schultern ist. Das wird ein schmerzlicher Prozess. Aber: Nur so lässt sich der permanente Spagat zwischen den geradezu inflationär ausgeschütteten politischen Versprechen auf der einen und der Realität des tatsächlich noch Leistbaren auf der anderen Seite auflösen.

Das gilt sogar erst recht, wenn man berücksichtigt, dass auch die auf dem Arbeitsmarkt verfügbaren personellen Ressourcen schlicht und ergreifend endlich sind. Selbst wenn es morgen Goldstücke regnen würde, worauf zumindest meine Wetter-App aber nicht hindeutet, hätten wir dadurch allein nämlich noch keine einzige Mitarbeiterin und keinen einzigen Mitarbeiter mehr, um dieser Aufgabenflut überhaupt noch Herr werden zu können.

Und: Ich will in diesem Zusammenhang auch noch einen weiteren Aspekt kurz ansprechen. Wenn die gesetzlich gebundenen Personal- und Sozialausgaben überborden, sind auch keine weiteren Investitionen in Zukunftsthemen mehr möglich. Ich will hier nur die Wärmewende oder die Mobilitätswende nennen. Spätestens dann wird der Teufelskreis „perfekt“. Deshalb müssen die Kommunen dringend von entbehrlichen Aufgaben entlastet und von Überregulierung befreit werden, damit sie überhaupt in der Lage sind, statt einer reinen Mangelverwaltung auch morgen und übermorgen noch eine kraftvolle Zukunftsgestaltung anzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

mein herzlicher Dank gilt abschließend allen Mitwirkenden des heutigen Vormittags. Ich danke dem Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands Prof. Dr. Ulrich Reuter für sein klares Bekenntnis zur kommunalen Trägerschaft der Sparkassen. Auch das ist nämlich definitiv ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Und: ich danke genauso Herrn Prof. Dr. Martin Burgi von der Ludwig-Maximilians-Universität München für seine deutlichen Worte, die uns eine wertvolle Hilfe bei der rechtlichen Einordnung der aktuellen Entwicklungen sind. Insbesondere aber danke ich Ihnen allen, liebe Landratskolleginnen und Landratskollegen. Eine solche Jahrestagung lebt natürlich in ganz zentraler Weise von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Und: ich danke schließlich nicht zuletzt auch unserer Hauptgeschäftsstelle, allen voran Prof. Dr. Hans-Günter Henneke und seinem Team, für die wie immer perfekte Vorbereitung und Organisation.

Meine neue Funktion als Präsident will ich nicht einsam, sondern vielmehr ganz bewusst *gemeinsam* mit Ihnen allen mit ganz viel Leben erfüllen. Mein Anspruch ist es dabei, das mindestens genauso gut zu tun, wie es unser neues Ehrenmitglied Reinhard Sager in den letzten 10 Jahren auf wirklich beispielhafte Weise getan hat. Ob mir das gelingt, wird die Zukunft zeigen. Aber: ich freue mich darauf.

Dazu gehört für mich auch ein hohes Maß an öffentlicher und medialer Präsenz. Deshalb suche ich gezielt den Dialog mit Ihnen allen, weil ich wirklich davon überzeugt bin, dass uns nur das letztlich weiterbringt. Jeder unserer 294 Landkreise ist für sich allein betrachtet stark. Unser Anspruch muss es aber sein, dass wir gemeinsam unschlagbar sind.

Schon jetzt will ich ankündigen, dass unsere nächste Jahrestagung voraussichtlich im Dezember 2025 und das auch noch kurz vor Weihnachten in Berlin stattfinden wird. Ich weiß, dass das für unsere Kalender keine sonderlich prickelnde Jahreszeit ist. Die Terminierung ist aber der Bundestagswahl geschuldet, die am 28. Septem-

ber 2025 stattfindet. Und: Bis eine neue Regierung steht, wird es einfach dauern. Dass wir uns in Berlin treffen, mag aus Sicht der Landkreise zwar vielleicht ein wenig „exterritorial“ sein. Ich finde aber schon, dass wir gerade auch im bundespolitischen Hotspot der Hauptstadt und an der Wirkungsstätte unserer Hauptgeschäftsstelle die Stimme der deutschen Landkreise künftig noch sehr viel stärker erheben müssen. Dort kann nämlich zumindest niemand sagen, er habe es nicht gehört.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Kommen Sie alle wieder gut nach Hause. Bleiben Sie vor allem aber unserer Arbeit im DLT auch weiterhin so gewogen wie bisher. Die 76. Jahrestagung ist hiermit geschlossen.